Bezugsgebühr: Vierteljährlich 2 Mk. 50 Pf.; durch die Post 2 Mk.

Die „Dresdner Nachrichten" erscheinen täglich Morgens; die Bezieher in Dresden und der nächsten Umgebung, die zur Zustellung durch eigene Boten oder Kommissionäre erfolgt, erhalten das Blatt an Wochentagen, die nicht auf Sonn- oder Feiertage folgen, in zwei Ausgaben Abends und Morgens zugestellt.

Nachdruck aller Artikel u. Original-Mittheilungen nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdn. Nachr.") zulässig. Nachträgliche Honoraransprüche bleiben unberücksichtigt; unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856.

Haupt-Geschäftsstelle: Marienstr. 38.

Anzeigen-Tarif. Annahme von Ankündigungen bis Nachmittags 3 Uhr, Sonn- und Feiertags nur Marienstraße 38 von 11 bis ½1 Uhr. Die 1spaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 20 Pfg. Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 25 Pfg.; die 2spaltige Zeile als Eingesandt oder auf Textseite 50 Pfg. In Nummern nach Sonn- und Feiertagen 1- bez. 2spaltige Grundzeilen 30, 40 bez. 60 und 80 Pfg. nach besonderem Tarif. Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. Belegblätter werden mit 10 Pfg. berechnet.

Fernsprechanschluß: Amt I Nr. 11 und Nr. 2096.

21 Am See. | **Fabrik** | Am See 21.
für Cotillon- und Ballartikel
Oscar Fischer.

Gummischuhe
Sohlen u. Absatzplatten
In Gummilösung, Obergummi für Grossisten und Reparateure.
Wettinerstrasse 26 **Reinhardt Leupolt,** Gummi-Fabrik Dresden-Kemnitz.

Feinschmecker u. Kenner
essen nur
CHOCOLAT Cailler

Adressmappen, Ehrengaben
Extra-Anfertigungen
Adolf Näter, Pragerstrasse No. 26
Fabrik feiner Lederwaaren.

Apotheker Peters' **Albumol-Eier-Leberthran** bereitet aus frischen Eiern und bestem Meyer'schen Medizinalthran, von angenehmem, nicht thranigem Geschmack. Unerreicht wirksam bei **Magerkeit, Körperschwäche, Drüsen-, Lungen-** und **Halskrankheiten, engl. Krankheit** etc. Flasche **75** Pf. u. Mk. **1.50.** Alleinverkauf und Versandt **Salomonis-Apotheke** Dresden-A., Neumarkt No. 8.

Nr. 333. Spiegel: Parlamentarische Lage. Hofnachrichten, Stadtverordneter Richter †. Feuerwehrverband, Expreßgut, Arbeitersängerbund, Weihnachtsschau. „Christrosen". | Muthmaßl. Witterung: **Gelinde mit Niederschlägen.** | **Dienstag, 2. Dezember 1902.**

Zur parlamentarischen Lage.

Die Parteipolitik steht mit Ausnahme der Freisinnigen Vereinigung, die sich in heilloser Verblendung ganz auf die sozialdemokratische Brüderschaft eingeschworen hat, im Zeichen der einmüthigen rückhaltlosen Verurtheilung des unqualifizirbaren Betragens der sozialdemokratischen Obstruktionisten. Jetzt, wo die Sozialisten mit solcher rücksichtslosen Offenheit ihre Karten aufgedeckt und ihr eigentliches letztes Ziel, die wirthschaftliche und parlamentarische Zerstörung im Interesse einer jakobinischen Willkürherrschaft, verrathen haben, ergreift Bangen vor den furchtbaren Folgen einer Gemeinschaft mit solchen Elementen auch die einsichtigen Kreise der bürgerlichen Demokratie. Bezeichnend für den auf bürgerlich radikaler Seite eingetretenen Umschwung der Ansichten ist die geharnischte Absage, die der Führer der Freisinnigen Volkspartei, Herr Eugen Richter, Herrn Singer und Genossen zutheil werden läßt. Herr Richter, der bei den jüngsten Skandalscenen im Reichstage von dem Abgeordneten Bebel schmählich beschimpft worden ist — mit dem Ausdruck „Verräther" beliebte ihn der sozialdemokratische Führer zu belegen —, erklärt wörtlich: „In der Freisinnigen Volkspartei ist man nicht gewillt, sich das pöbelhafte Benehmen der Sozialdemokratie länger gefallen zu lassen. Thatsächlich wird die Redefreiheit im Reichstage seitens der Sozialdemokratie gegenwärtig in brutalster Weise vergewaltigt. Absichtlich wird Störung organisirt, insbesondere durch unausgesetztes Aussprechen des Wortes „Rhabarber". Es ist das der Meininger Komödie entnommen, die auf diese Weise im Theater mit wenigen Statisten eine große, aufrührerische Volksmenge hinter den Kulissen für das Publikum fingirt." Der bemerkenswerthe Artikel geißelt dann weiter das Verhalten des Abgeordneten Singer, der sich „so unduldsam und patzig" benehme, wie es der Führer einer wirklichen Mehrheit des Reichstages nicht schlimmer thun könne, obwohl doch die Parteigrößen des Herrn Singer mitsammt ihren Freunden aus der Freisinnigen Vereinigung noch nicht ein Fünftel des Reichstages ausmachten. „Nachgerade," so verkündet Herr Richter in gesperrtem Druck, „steht nicht mehr blos die Geschäftsordnung, sondern jede parlamentarische Ordnung in Frage." Hier trennen sich also die Wege der Sozialdemokratie und der bürgerlichen Demokratie völlig.

Daß der gemäßigte Liberalismus sich angesichts der jetzigen parlamentarischen Lage mit aller Entschiedenheit auf die Seite der Mehrheit schlagen würde, war nach seinen nationalen und ordnungsparteilichen Traditionen von vornherein ohne Weiteres anzunehmen. Die nationalliberale Fraktion hat denn auch durchaus folgerichtig und anerkennenswerth gehandelt, als sie am Sonnabend zu einer gesonderten Berathung zusammentrat und „mit verschwindenden Ausnahmen" den Beschluß faßte, an ihrer Stellungnahme, wie sie in der Zustimmung zu dem Antrage Kardorff auf en bloc-Annahme des Zolltarifs zum Ausdruck kommt, unbeirrt fest zu halten. Die „verschwindenden Ausnahmen" zu errathen, ist nicht schwer; sie beziehen sich auf denjenigen Theil der Partei, der mit seinen politischen und wirthschaftlichen Interessen mehr nach der Freisinnigen Vereinigung hinüber gravitirt und der vornehmlich in der „National-Zeitung" seine Vertretung findet. Das genannte Blatt hat aus seinem Schmerze über die Haltung der Gesammtpartei in dieser Frage kein Hehl gemacht, sondern in der ersten Aufwallung erklärt, daß es nicht blos mit tiefstem Bedauern, sondern geradezu mit „Empörung" unter dem Antrag von Kardorff die Namen der Abgeordneten Bassermann, Sattler und Paasche erblickt habe. Inzwischen ist aber die „Empörung" des Blattes der Besorgniß gewichen, daß die augenblicklichen verwickelten Verhältnisse von den „Erfindern des Staatsstreichantrags" dazu benützt werden könnten, um auf dem Umwege über die „Herrschaft der 58 Sozialdemokraten im Reichstage" gewisse reaktionäre Wirkungen in's Leben zu rufen, die „manchem unter der Mehrheit vielleicht sogar wichtiger seien als die Erhöhung der Getreidezölle". Das nationalliberale Organ glaubt deshalb nochmals eine Vermittelung, einen Ausgleich empfehlen zu sollen und zwar auf der Grundlinie, daß der Antrag Kardorff zurückgenommen und zwischen Mehrheit und Minderheit eine Vereinbarung dahin getroffen werde, bei der Durchberathung des Tarifs in loyaler Weise zusammengehörige Dinge zusammen zu fassen. Dabei läßt das Blatt indessen die Hauptfrage, wie Jemand es fertig bringen soll, die sozialdemokratischen Abgeordneten, die sich wie „wilde Männer" geberden und einen Vorgeschmack von der „Diktatur des Proletariats" im „Zukunftsstaat" geben, zu einem „loyalen" Verhandeln zu bewegen, wohlweislich unbeantwortet.

Innerhalb der Mehrheit will man zur Zeit nicht blos von keiner „Vermittelungsaktion" etwas wissen, sondern drängt zu noch schärferen Maßregeln in der Richtung einer Abänderung der Geschäftsordnung, durch die das Hausrecht des Präsidenten erweitert und eine „unanfechtbare Rechtsgrundlage für die Durchberathung des Zolltarifs" gebildet werden soll. Gewiß ist der Mehrheit die Erkenntniß dafür, daß das gesammte politische und wirthschaftliche Leben auf einer Reihe von Kompromissen beruht, nicht verloren gegangen. Das gilt aber doch nur für normale Verhältnisse, während hier eine Situation vorliegt, in der es biegen oder brechen heißt, in der ein völlig unversöhnlicher Gegner, die parlamentarische Obstruktion, bedingungslos niedergezwungen und dieser Kampf mit aller bitteren Schärfe bis an's siegreiche Ende durchgeführt werden muß, wenn nicht alles bisher mühsam Errungene wieder preisgegeben und eine schlechtweg unhaltbare, von der Sozialdemokratie beliebig terrorisirte Lage geschaffen werden soll. Eine Aenderung der Geschäftsordnung in dem angedeuteten Sinne erweist sich um so nothwendiger, als Herr Singer sich öffentlich damit brüstet, er werde die jetzige Geschäftsordnungsdebatten mindestens bis Weihnachten fortführen. Zugleich hat der Abgeordnete Stadthagen angekündigt, daß, falls die jetzige Debatte wirklich um Weihnachten zu Ende käme, die Sozialdemokraten dann eine neue Geschäftsordnungsdebatte über die Frage eröffnen würden, „ob es überhaupt statthaft sei, die Frage der Zulässigkeit des Antrags Kardorff zur Geschäftsordnung zur Abstimmung zu bringen." Ein weiteres Moment, das die Mehrheit zum zielbewußten Fortschreiten auf der einmal betretenen Bahn unnachsichtlich zwingt, ist die andauernde Beschlußunfähigkeit des Hauses, mit deren Hilfe es der Minderheit ermöglicht wird, durch fortwährende Anzweifelungen der Beschlußfähigkeit den Fortgang der Berathungen zu durchkreuzen. Nun ist es ja ganz gewiß richtig und über jeden Zweifel erhaben, daß die Mehrheit in diesem Punkte eine tadelnswerthe Schwäche zeigt. Sie hätte eigentlich die unabweisliche Pflicht, das ja allerdings starke Opfer an Nervenkraft, das sozialdemokratische Dauerreden und Ausschreitungen erfordern, im höheren allgemeinen Interesse zu bringen und in jeder Sitzung von Anfang bis zu Ende so vollzählig am Platze zu sein, daß das Manöver der Obstruktion, durch Abkommandirung ihrer Mitglieder aus dem Saale im entscheidenden Augenblick die Beschlußunfähigkeit künstlich herbei zu führen, niemals von Erfolg gekrönt wäre und die Verschleppungsversuche durch Schlußanträge vereitelt werden könnten. Indessen hat man nach den bisherigen Erfahrungen auf die Hoffnung, ein aus der Mehrheit selbst heraus beschlußfähiges Haus stets an der Hand zu haben, endgiltig verzichten müssen. Man mag das beklagen, so viel man will, muß sich aber dabei vor Augen halten, daß die bestgemeinten „Moralpauken" gar nichts nützen, vielmehr die nackte Thatsache als solche als realpolitischer Faktor in Rechnung zu ziehen ist. Von demselben Standpunkte aus hat auch die Mehrheit gehandelt, als sie sich, wie aus parlamentarischen Kreisen versichert wird, gerade durch die am vergangenen Sonnabend wieder auf Betreiben Herrn Singer's festgestellte Beschlußunfähigkeit des Hauses endgiltig bestimmen ließ, auch diesem Punkte für die bevorstehende Abänderung der Geschäftsordnung des Reichstags besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Es verdient hervorgehoben zu werden, daß selbst die vielfach offiziös bediente Münchener „Allg. Ztg." sich in einer Besprechung der Lage dahin äußert, eine gründliche Aenderung der Geschäftsordnung sei kaum noch zu umgehen; jedenfalls werde die Mehrheit ohne die äußerste Energie gegenüber der radausüchtigen Minderheit nicht durchkommen.

In der That, das Wort von der Energie als der „ersten aller Tugenden" kommt in seiner Anwendung auf die augenblickliche parlamentarische Lage im vollen Umfange zur Geltung. Die Gegner stellen die wahre Sachlage auf den Kopf, wenn sie behaupten, die Mehrheit mache sich eines „Rechtsbruchs" schuldig. In Wirklichkeit haben die Obstruktionisten zuerst in ausgesprochener Form den Rechtsstandpunkt preisgegeben, indem sie die parlamentarischen Einrichtungen, die zum Schutze der Redefreiheit und des ordnungsmäßigen Verhandelns dienen sollten, ihres Rechtszweckes entkleideten und sie zu einer gewaltsamen Terrorisirung der Mehrheit in wahrhaft skandalöser Weise mißbrauchten. Das Vorgehen der Mehrheit stellt sich daher lediglich als eine ihr von der Minderheit aufgezwungene Nothwehr gegen parlamentarische Vergewaltigung dar. Die Mehrheit handelt durchaus in Wahrung berechtigter Interessen, indem sie weiter nichts anstrebt als die Wiederherstellung des verletzten parlamentarischen Rechtszustands und die Schaffung von Garantien gegen die Wiederholung der jetzigen Unzuträglichkeiten. Wenn also die Mehrheit ihr nothgedrungenes Verhalten auf die Obstruktion der Sozialdemokratie zurückführt und es damit begründet, so kann selbst die demokratische „Frankf. Ztg." nicht umhin, ein solches Verfahren, das zwar „brutal" sei — wie dürfte denn nach diesem Maßstabe wohl das Gebahren der Minderheit zu kennzeichnen sein? —, doch immerhin als „ehrlich" anzuerkennen. „Wir lassen uns nicht länger uzen!" So versicherten die Abgeordneten der Mehrheitsparteien im Privatgespräch nach den tumultuarischen Vorgängen der letzten Tage. „Ja, da liegt es!" sagt Hamlet; das ist die Quintessenz der ganzen Lage, an der alle „Rechtstüfteleien" nichts zu ändern vermögen. Wenn die „Kreuz-Ztg." meint, der Sieg der Obstruktion sei der Vorbote der Revolution, weil die große Mehrheit des Reichstags dann zeige, daß sie einer lärmenden Minderheit das Feld räume, so trifft sie in der Grundauffassung genau denselben Gedanken, der die gesammte Mehrheit in den jetzigen Wirrnissen beherrscht, daß nämlich ein Aufgeben des Kampfes in diesem Stadium geradezu unheimliche Folgen zeitigen müßte, und daß daher die zwingende Konsequenz der Lage die ist: „Es giebt kein Zurück mehr!"

Neueste Drahtmeldungen vom 1. Dezember.

(Nachts eingehende Depeschen befinden sich Seite 4.)

Berlin. (Priv.-Tel.) **Reichstag.** Das Haus ist zu Anfang der Sitzung schwach besetzt; doch füllte sich der Saal später erheblich. Die Berathung des Zolltarifgesetzes, und zwar die Geschäftsordnungsdebatte über den Antrag v. Kardorff wird fortgesetzt. — Abg. Kunert (Soz.), bei der im Hause herrschenden Unruhe schwer verständlich, führt aus, der Antrag Kardorff sei mit § 19, Absatz 2 der Geschäftsordnung unbedingt unvereinbar, und widerspricht der Angabe, die „blindtäppische" Obstruktion der Sozialdemokraten habe die Mehrheit auf diesen Weg gedrängt. Redner spricht schließlich noch von dem Interesse, das an diesem Zolltarif die Großgrundbesitzer hätten, und mit ihnen der größte Großgrundbesitzer, der Kaiser. (Präsident Graf Ballestrem ermahnt den Redner, den Kaiser aus dem Spiele zu lassen, worauf Redner kurz abbricht.) — Abg. Kröcher (kons.), (Präsident des preußischen Abgeordnetenhauses): Die Linke habe den Antrag Kardorff eine Ueberrumpelung genannt und sich sittlich darüber entrüstet. Er müsse an dieser sittlichen Entrüstung zweifeln, denn Bebel habe ja neulich öffentlich der Mehrheit den Krieg erklärt, dabei aber allerdings gemeint, der Krieg sei von der Mehrheit angefangen worden; aber das geschehe ja stets, daß in einem Kriege der Eine dem Anderen vorwerfe, „angefangen" zu haben. (Heiterkeit.) Die Sozialdemokraten haben ja auch schon Siege erfochten, so über Herrn Bachem, und zwar durch körperliche Gewalt; denn wenn man nicht gerade daran denke, zum Messer zu greifen, so müsse man jedenfalls die Art, wie Bachem am Reden verhindert worden sei, als körperliche Gewalt bezeichnen. Ebenso habe am Sonnabend die Linke gesiegt durch Herbeiführung der Beschlußunfähigkeit, indem sie den Saal verließ. Ich nehme das Wort, um an die bürgerlichen Parteien zu appelliren. Der Freisinnigen Volkspartei und ihrem bedeutenden Führer spreche ich für ihr Verhalten in allen diesen Fragen meinen Dank aus. Ich appellire also an die bürgerlichen Parteien, dafür zu sorgen, daß der Absentismus aufhöre. Unsere Lage hat eine verzweifelte Aehnlichkeit mit der Zeit vor der großen Revolution. An die Freisinnige Vereinigung appellire ich nicht, weil sie mit den Sozialdemokraten hier Hand in Hand geht. Ich sehe die Freisinnige Vereinigung nicht gerade als Feind an, aber als Feindchen. (Große Heiterkeit.) In solcher Zeit hat auch der Humor sein Recht, er beruhigt die Nerven. (Heiterkeit.) Jeder hat jetzt die Pflicht, hier zu sein. Wenn am Sonnabend nur Diejenigen hier gewesen wären, die statt dessen Hasen und Fasanen jagten (Heiterkeit), so wäre das Haus beschlußfähig gewesen. Noch ein Wort an die Sozialdemokraten. Gegen ihre Persönlichkeiten habe ich nichts; aber ist es nicht gegen den gesunden Menschenverstand, daß die Sozialdemokraten überhaupt hier sind, daß Leute, die die Staats- und Gesellschaftsordnung umstürzen möchten, überhaupt hier sitzen, um über Wohl und Wehe des Reiches mit zu entscheiden. Wenn es nach mir ginge, würde jetzt gegenüber den Sozialdemokraten, mit denen wir nun einmal im Kriege sind, hintereinander ein Weißenburg, Wörth, Sedan kommen, Schlag auf Schlag. Es wird aber wohl nicht kommen. Redner begründet dann die Zulässigkeit des Antrags Kardorff. Der Präsident habe zwar leise Zweifel geäußert (Lachen links, „Leise" Zweifel?). Zu einem Loche muß der Fuchs doch heraus, und wer ist da der Berufenste, um den Zweifel zu entscheiden? Der Reichstag! Dieser ist der berufenste Interpret, durch Abstimmung zu entscheiden, ob der Antrag zulässig ist. Also lassen Sie Thaten sehen, lassen Sie uns abstimmen! — Abg. Zubeil (Soz.): Wir dachten wunder was herauskommen würde, als Herr Kröcher anfing; aber was hat er gemacht? Nur einige starke, aber dumme Witze. (Präsident Graf Ballestrem: Sie dürfen die Witze anderer Abgeordneter nicht dumm nennen. Große Heiterkeit.) Der Antrag Kardorff ist und bleibt geschäftsordnungswidrig. Er ist ein niederträchtiger Geschäftsordnungsbruch. (Präs. Graf Ballestrem ruft den Redner wegen dieses Ausdruckes zur Ordnung.) Der Bundesrath möge vielleicht an diesem Antrage nicht direkt betheiligt sein; aber offenbar habe er dazu eine Extra-Einladung erhalten, denn im Momente seiner Einbringung seien beide Bundesrathstische dicht besetzt gewesen. Offenbar wollten die Herren der Erdrosselung der Minderheit beiwohnen. Was würde Herr Kröcher gesagt und gethan haben, wenn ein solcher Erdrosselungsantrag im Abgeordnetenhause eingebracht worden wäre gegenüber den Kanalrebellen? Würde Herr Kröcher nicht dann den Antrag als geschäftsordnungswidrig zurückgewiesen haben? Mit welchem Eifer die Herren vom Centrum vorgehen, zeigt die Thatsache, daß diese Wächter von Frömmigkeit und guter Sitte sogar am Sonntag vor acht Tagen eine Fraktionssitzung abhielten und so den Dienern des Hauses die Sonntagsruhe nahmen. Redner kommt dann auf den Vorgang am Freitag zurück. Gegen solche Verleumdungen, wie Abg. Bachem sie ausgesprochen, würden seine Freunde sich auf das Aeußerste wehren. — Präsident Graf Ballestrem: Ich nehme an, Sie verstehen das Wort Verleumdungen nicht als absichtliche Unwahrheit; sonst müßte ich diesen Ausdruck rügen. — Redner (fortfahrend): Ich meine den Antrag Bachem. Präsident (lebhaft): Herr Abgeordneter, ich rufe Sie zur Ordnung! — Abg. Richter (freis. Volksp.): Alles, was ich gegen den Antrag Kardorff am Freitag gesagt, halte ich aufrecht, wenn sich aber Abg. Barth auf meine Aeußerungen bei der Ler Heinze berief, so hat er übersehen, daß ich schon damals, am 18. Mai, ausdrücklich mich gegen eine systematische Anwendung des Mittels der Obstruktion ausgesprochen habe. Damals hat sich die Anwendung dieses Mittels nicht auf eine ganze Session erstreckt, sondern nur auf wenige Tage. Die Sache lag damals, wie auch bei der Brennsteuerberathung, ganz anders. Solche Abwehrmittel gegen eine augenblickliche Ueberrumpelung der Minderheit halte ich auch jetzt noch für zulässig. Herr Barth war so unvorsichtig, mein Verhalten in der Flottenfrage zu erwähnen. Herr Barth hatte aber selbst erst in der „Nation" das Flottengesetz bekämpft, und nachher trat er dafür ein. Ich hätte am allerwenigsten erwarten dürfen, daß aus dem Glashause mir Steine zugeworfen würden. (Große Heiterkeit.) Man hat mir auch vorgehalten, daß mir von jener Seite rechts Lobsprüche ertheilt würden. Ich lasse mich dadurch nicht beeinflussen und denke, „e' bissel Falschheit ist all'weil dabei". (Heiterkeit.) Von dem Moment an, wo die Obstruktionsparteien ihren Feldzugsplan ver-

Wenn Sie gut und billig essen und trinken wollen, so vergessen Sie nicht, den **Hirsch am Rauchhaus,** Sie nicht, den Webergasse-Seitenstrasse, zu besuchen.